

Die Stadt Bonn bekennt sich nachdrücklich zu ihrer Verantwortung auf lokaler Ebene die notwendigen Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert im Rahmen der "Bonner Agenda 21" gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kirchen, den Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Gruppen zu erarbeiten und umzusetzen.

Nach der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 ist klargeworden, dass die globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme, die sich heute und im 21. Jahrhundert stellen, vor allem durch einen radikalen Wandel des Lebensstils und Verhaltensweisen in den Städten gelöst werden müssen.

Im Rahmen der Konferenz wurde das Aktionsprogramm "Agenda 21" unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland von rund 170 Staaten beschlossen. Im Kapitel 28 der Agenda werden auch die Kommunen aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten:

"Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agenda. . . Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie (die Kommunen) eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und der Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung. . . sollen sich die Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterziehen und einen Konsens hinsichtlich einer kommunalen Agenda 21 für die Gemeinschaft erzielt haben."

Viele Kommunen sind dieser Aufforderung gefolgt und haben begonnen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Maßnahmen in fast allen kommunalen Handlungsfeldern zu erarbeiten und umzusetzen, vor allem in der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Wirtschaftsförderung, der Umwelt- und Sozialpolitik sowie der kommunalen Nord-Süd-Kooperation. Ein besonderes Gewicht kommt hierbei der Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu. Auch die Stadt Bonn hat die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 begonnen.

Die Bundesstadt Bonn sieht sich als VN-Stadt, als Nord-Süd-Zentrum sowie Mitglied des Klimabündnisses europäischer Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder in besonderem Maße dazu verpflichtet, der von der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung verabschiedeten Aufforderung zur Erstellung einer Lokalen Agenda 21 nachzukommen.

Folgende Maßnahmen werden von der Stadt Bonn zur Erarbeitung und Durchsetzung einer "Bonner Agenda 21" vorrangig durchgeführt:

1. Die Verwaltung initiiert eine breite Öffentlichkeitskampagne, um die Bevölkerung mit dem Prozess der Lokalen Agenda 21 bekannt zu machen und sie zur Mitarbeit aufzufordern. Inhaltliche Schwerpunkte der Kampagnen sind:
 - Information der Bürgerinnen und Bürger über die internationalen Beschlüsse und Verpflichtungen zu Maßnahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung
 - Darstellung der von Rat und Verwaltung schon beschlossenen und durchgeführten Maßnahmen u. a. im Bereiche "Eine Welt", Umwelt- und Naturschutz, Energieeinsparung und Förderung regenerativer Energien, Verkehrsvermeidung und Verwendung umweltverträglicher Materialien und Produkte.In einer Auftaktveranstaltung, zu der alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen, die Parteien und die Verwaltung eingeladen werden, soll der Prozess der Lokalen Agenda 21 eingeleitet werden. Ein Ziel ist es, die Bildung von Fachforen einzuleiten.
2. Die Stadt Bonn unterzeichnet die Charta von Aalborg, die den Weg der europäischen Kommunen zur Umsetzung der lokalen Agenda beschreibt.
3. Zur fachlichen Begleitung des Agenda -Prozesses richtet die Stadt Bonn einen "Fachbeirat Lokale Agenda 21" ein, in den ausgewiesene Expertinnen und Experten für die Umsetzung der Agenda 21 auf der kommunalen Ebene sowie Vertreterinnen und Vertreter des Rates berufen werden. Die Verwaltung legt dem Rat eine wenn möglich mit dem Agenda -Büro abgestimmte Liste von Besetzungsvorschlägen zur Beschlussfassung vor.
4. Es wird ein Agenda -Büro eingerichtet, das geschäftsführend die Aktivitäten des Agenda -Prozesses koordiniert. Personell und finanziell wird das Agenda -Büro vom Verein "Zukunftsfähiges Bonn" (i. G.) und der Verwaltung der Stadt Bonn in öffentlich-privater Trägerschaft getragen. Die Leitung des Büros könnte turnusmäßig unter den beiden Trägern alle zwei Jahre wechseln. Die Geschäftsführung soll zuerst von der Verwaltung übernommen werden. Im ersten Jahr soll die Finanzierungsplanung des Büros durch die Verwaltung erfolgen. Der Verein "Zukunftsfähiges Bonn" (i. G.) soll sich danach mit 50 % an den Kosten und dem Personalaufwand beteiligen. ABM-Kräfte und die Möglichkeit des Freiwilligen Ökologischen Jahres sollen genutzt werden. Jährlich wird ein Bericht über die Aktivitäten zur Bonner Lokalen Agenda 21 vorgelegt. Die Bonner Öffentlichkeit wird laufend über die Aktivitäten informiert. Hierzu soll die lokale Presse eingebunden werden.

5. Information der Öffentlichkeit und baldige Beschlussfassung über die von der Verwaltung schon erarbeitete Umweltschutzkonzeption und die noch ausstehenden Konzepte "nachhaltige Stadtentwicklung" und "Fortentwicklung des Nord-Süd-Zentrums Bonn".
6. Integration des Agenda- Prozesses in alle Fachbereiche der Verwaltung
7. Regelmäßiger informatorischer Austausch mit den Nachbarkommunen und -kreisen sowie mit den Bonner Partnerstädten.